



★★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★★★

STROM



140,63 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



54,85 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

22,3

Prozent höher als im Vorjahr
waren 2025 die Emissionen der
Energiewirtschaft in Baden-Würt-
temberg. Grund war der ver-
mehrte Einsatz von Steinkohle

PHOTOVOLTAIK

Solar-
Ausschreibung
bleibt unterzeichnet

IT

GSW nach Angriff
auf die IT-Systeme
nun wieder online

BILANZ

E-Optimum mit
Erdgas weiter
erfolgreich

Inhalt

TOP-THEMA

→ **GASNETZ:** Netze BW kämpft nicht länger um das Gasnetz in Kornwestheim

POLITIK & RECHT

- **PHOTOVOLTAIK:** Solar-Ausschreibung bleibt unterzeichnet
- **WÄRMENETZ:** 370 Milliarden Euro für effiziente Wärmenetze bewilligt
- **WÄRME:** Gutachten stellt Heizungsgesetz infrage
- **RECHT:** Verbraucherzentrale: Vertragsstrafe für Voxenergie

HANDEL & MARKT

- **KLIMASCHUTZ:** Baden-Württembergs Emissionen steigen
- **WÄRME:** Asew bündelt Werkzeuge für die Wärmewende
- **KLIMASCHUTZ:** Unternehmensnetzwerk Klimaschutz startet Plattform neu
- **STATISTIK DES TAGES:** Stromerzeugung weltweit nach Energieträgern

TECHNIK

- **IT:** GSW nach Angriff auf die IT-Systeme nun wieder online
- **F&E:** Tiefengeothermie soll auch Lithium liefern
- **GASTBEITRAG:** Störlichtbogenschutz: Sicherheit muss tragbar sein

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** E-Optimum mit Erdgas weiter erfolgreich
 - **ERDGAS:** Storengy mit LNG-Gasspeicher-Produkt
 - **SMART METER:** Metrify und Inexogy treten Energy Systems Alliance bei
 - **BETEILIGUNG:** Gut 3 Prozent Zinsen für Bürgergeld in Willich und Halle
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** CO2 fällt vor ETS-Reform unter 80 Euro
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Netze BW kämpft nicht länger um das Gasnetz in Kornwestheim



Quelle: Shutterstock / Zivica Kerkez

GASNETZ. Eine sechs Jahre währende Auseinandersetzung um das Gasnetz von Kornwestheim ist beendet. Netze BW macht den örtlichen Stadtwerken die Konzession nicht länger streitig.

Das Fusionsstadtwerk für Ludwigsburg und Kornwestheim (SWLB) hat eine Hängepartie für sich entschieden. Seit 2020 war unklar, ob der Versorger die in jenem Jahr zugesprochene Konzession für das Gasnetz in Kornwestheim zu Recht erhalten hatte. Der Netzbetreiber Netze Baden-Württemberg (Netze BW) hatte dagegen geklagt und Justitia zunächst auf seiner Seite.

Das Tochterunternehmen der Energie Baden-Württemberg wollte seinerzeit das Gasnetz ebenfalls übernehmen und hatte ein Angebot eingereicht. Das kam jedoch nicht zum Zuge. Netze BW hatte daraufhin ein Eilverfahren vor dem Landgericht Stuttgart angestrengt und zunächst auch Erfolg. Die Übereinkunft zwischen Kommune und Stadtwerken war damit blockiert.

Allerdings hatte das Landgericht-Urteil in der nächsten Instanz keinen Bestand mehr. Das Oberlandesgericht (OLG) machte mit seinem Spruch im Mai 2023 den Weg für das Unterzeichnen des Konzessionsvertrags frei (wir berichteten).

BGH zieht Netze BW indirekt den Stecker

Netze BW wollte sich damit aber nicht abfinden und ging vor dem Landgericht ins Hauptsacheverfahren. Auf die (erwartbare) Niederlage im Dezember 2024 reagierte der Netzbetreiber mit der Berufung. Die mündliche Verhandlung dazu hatte das neuerlich zuständige OLG für den 16. Juli 2026 anberaumt. Dazu wird es nicht mehr kommen, denn Netze BW hat die Berufung am 6. Juli nun zurückgezogen.

Auf Anfrage dieser Redaktion begründet Netze BW den Schritt mit einem Urteil aus einem anderen Fall. Der Bundesgerichtshof habe in einem vergleichbaren Verfahren zum Gasnetz Salem (Bodensee-Kreis) entschieden, dass formaljuristisch kein Hauptsacheverfahren möglich sei. Der Rechtsstreit sei für das Unternehmen vor diesem Hintergrund beendet, so eine Sprecherin von Netze BW.

Gleichwohl hält das Unternehmen eine grundsätzliche Rechtsfrage für unbeantwortet. Netze BW sei es „zuletzt ausschließlich“ darum gegangen, wie eine Vergabeentscheidung bei Netzen zustande zu kommen

habe. Die Stuttgarter empfinden es als nicht ausreichend, dass die Vergabestelle (Kommune) und kommunaler Bieter (Stadtwerke) ein Trennungskonzept mündlich vereinbaren.

Eine schriftliche Dokumentation bringe aus Sicht von Netze BW „mehr Rechtssicherheit – für Kommunen und Bieter gleichermaßen“. Wenn eine Kommune sich mit einer eigenen Gesellschaft an einem von ihr ausgeschriebenen Verfahren beteilige, müssten Vergabestelle und Bieterrolle klar und nachvollziehbar getrennt sein, so die Sprecherin.

Außerdem sieht Netze BW sich auf einer Linie mit den kommunalen Spitzenverbänden, dass der Rechtsschutz in Konzessionsverfahren reformbedürftig sei. Mehr Klarheit würde Verfahren für alle Beteiligten vereinfachen und beschleunigen.

Die Stadt Kornwestheim sieht sich dagegen nach dem Erfolg im Prozess darin bestätigt, „alles richtig und das Vergabeverfahren rechtmäßig und transparent durchgeführt“ zu haben, so Erster Bürgermeister Daniel Güthler.

Die Kommune hält sich nicht mit Schelte gegenüber Netze BW zurück. Seit 2020 seien der Kommune etwa 250.000 Euro Kosten in der juristischen Auseinandersetzung entstanden, heißt es in einer Mitteilung aus dem Rathaus. Das sei deutlich zu kritisieren, weil Netze BW über die Mutter EnBW zu 46,75 Prozent dem Land Baden-Württemberg gehöre. Mit den kommunalen Anteilseignern sei das Unternehmen „überwiegend in öffentlicher Hand“.

Auch das „beharrliche Festhalten der Netze BW an weiteren Klagen“ stößt Oberbürgermeister Nico Lauxmann (CDU) laut Mitteilung auf. Zu diesem Aspekt bezog Netze BW auf Anfrage keine Stellung.

SWLB-Geschäftsführer Johannes Rager richtet derweil den Blick nach vorne und drückt seine Freude darüber aus, Gasversorger für Kornwestheim bleiben zu können. Die alte Konzession bestand seit 2008, dem Jahr, als Ludwigsburg und Kornwestheim ihre Versorger zusammenlegten. Die Leitungen bleiben nun weitere 20 Jahre bis 2039 in der Obhut der SWLB. (vs) // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Pixabay / cverkest

Solar-Ausschreibung bleibt unterzeichnet

PHOTOVOLTAIK. Die Bundesnetzagentur hat in der Juni-Ausschreibung 209 MW für Solaranlagen auf Gebäuden und Lärmschutzwänden bezuschlagt. Trotz höherer Gebotsmenge blieb die Runde unterzeichnet.

Die Bundesnetzagentur hat die Ergebnisse der Ausschreibung für Solaranlagen auf Gebäuden und Lärmschutzwänden zum 1. Juni 2026 veröffentlicht. Die Behörde vergab Zuschläge für 108 Gebote mit einem Volumen von insgesamt 209 MW. Von der ausgeschriebenen Menge blieben damit 87 MW unbezuschlagt.

Die Unternehmen hatten 125 Gebote über zusammen 238 MW eingereicht. Das waren 61 MW mehr als in der Vorrunde vom Februar dieses Jahres, in der die Gebotsmenge 177 MW erreicht hatte. Rechnerisch stieg das eingereichte Volumen damit um gut 34 Prozent. Die Gebotsmenge entsprach dennoch nur rund 80 Prozent des ausgeschriebenen Volumens. Gegenüber der Zielmenge fehlten 58 MW.

In der Ausschreibungsrunde zum 1. Juni schloss die Bundesnetzagentur 17 Gebote vom Zuschlagsverfahren aus. Das entsprach knapp 14 Prozent aller eingereichten Gebote und betraf rechnerisch ein Volumen von 29 MW. Sämtliche 108 zugelassenen Gebote erhielten einen Zuschlag. Das bezuschlagte Volumen deckte damit knapp 71 Prozent der ausgeschriebenen Menge ab.

Zuschlagswert steigt leicht

Die Zuschlagswerte reichen von 8,40 bis 10 Cent/kWh. Der mengengewichtete Durchschnitt liegt bei 9,72 Cent/kWh und damit 0,16 Cent/kWh über dem Wert der Vorrunde. Im Februar hatte die Bundesnetzagentur im Mittel 9,56 Cent/kWh ermittelt. Das entspricht einem Anstieg um rund 1,7 Prozent. Laut der Behörde liegt der Durchschnitt nur knapp unter dem Höchstwert.

Das größte Zuschlagsvolumen entfällt auf Nordrhein-Westfalen. Dort erhielten 21 Gebote mit zusammen 49 MW einen Zuschlag. Es folgen Niedersachsen mit 36 MW und 19 Zuschlägen sowie Baden-Württemberg mit 22 MW und 13 Zuschlägen.

Für Standorte in Bayern vergab die Bundesnetzagentur elf Zuschläge mit einem Gesamtvolumen von

21 MW. In Hessen waren zehn Gebote über zusammen 20 MW erfolgreich. Auf die fünf genannten Bundesländer entfallen insgesamt 148 MW und 74 der 108 erfolgreichen Gebote. Das entspricht rund 71 Prozent des gesamten Zuschlagsvolumens.

Die nächste Ausschreibungsrunde für Solaranlagen auf Gebäuden und Lärmschutzwänden ist für den 1. Oktober dieses Jahres vorgesehen. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

370 Milliarden Euro für effiziente Wärmenetze bewilligt



Quelle: Shutterstock / Ayrat A

WÄRMENETZ. Seit dem Start der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) wurden laut Bundesregierung 3.893 Projekte bewilligt. Die meisten Zuschüsse gingen an kommunal geprägte Unternehmen.

Seit dem Start der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) im September 2022 hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben rund 373,4 Milliarden Euro ausgezahlt. Mit dem Förderprogramm unterstützt der Bund den Neubau sowie die Dekarbonisierung bestehender Wärmenetze. Die Zahlen gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag hervor.

Nach Angaben der Bundesregierung wurden bis zum Stichtag 22. Juni 2026 insgesamt 3.893 Förderanträge bewilligt. Im Jahr 2022 erhielten 83 Vorhaben eine Zusage. 2023 stieg die Zahl auf 832, 2024 auf 1.202 und 2025 auf 958 Bewilligungen. Bis zum 22. Juni 2026 kamen weitere 818 Förderzusagen hinzu.

Stadtwerke bekamen Zuschlag

Den größten Anteil der bewilligten Anträge entfällt laut Bundesregierung auf Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Diese erhielten 1.623 Bewilligungen. Weitere 1.330 Förderzusagen gingen an Unternehmen ohne kommunale Beteiligung. Kommunale Gebietskörperschaften wie Städte, Gemeinden und Landkreise erhielten 342 Bewilligungen. Zudem wurden 192 Genossenschaften, 136 kommunale Eigenbetriebe und 25 Vereine gefördert.

Die Bundesregierung verweist darauf, dass die BEW Investitionen in klimafreundliche Wärmeversorgung anstoßen soll. Im Fokus stehen sowohl neue Wärmenetze als auch die schrittweise Umstellung bestehender Netze auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme. Ziel ist es, den Einsatz fossiler Energieträger in der leitungsgebundenen Wärmeversorgung zu reduzieren und den Wärmesektor als einen der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen schrittweise zu dekarbonisieren.

Hintergrund BEW

Die BEW richtet sich vor allem an Energieversorger, Stadtwerke, kommunale Unternehmen sowie weitere Betreiber von Wärmenetzen. Gefördert werden unter anderem Machbarkeitsstudien, Transformationspläne und Investitionen in Erzeugungsanlagen sowie in die Netzinfrastruktur. Die Förderung soll den Umbau der Fern- und Nahwärmeversorgung zu beschleunigen und die Klimaschutzziele im Gebäudesektor unterstützen.

Unterstützt werden beispielsweise Großwärmepumpen, Solarthermieranlagen, Geothermie, Wärmespeicher oder Anlagen zur Nutzung industrieller Abwärme. Auch der Aus- und Umbau von Wärmenetzen kann bezuschusst werden, sofern die Projekte die Anforderungen der Förderrichtlinie erfüllen.

Ein zentrales Ziel des Programms besteht darin, den Anteil erneuerbarer Energien und unvermeidbarer Abwärme in Wärmenetzen deutlich zu erhöhen. Die Förderung soll Investitionen erleichtern, die aufgrund hoher Anfangskosten häufig wirtschaftlich nur schwer umzusetzen wären. Gleichzeitig soll sie den Betreibern Planungssicherheit für langfristige Transformationsprojekte geben. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Gutachten stellt Heizungsgesetz infrage



Quelle: Pixabay / ri

WÄRME. Ein Rechtsgutachten sieht gute Chancen für Mieter, höhere Kosten neuer fossiler Heizungen gerichtlich anzufechten.

Laut einem neuen Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltinstituts München und der Klimaschutzorganisation Protect the Planet müssen Mieter steigende Heizkosten und Modernisierungsumlagen für neu eingebaute fossile Heizungen nicht ohne Weiteres hinnehmen. Diese sind nach dem in der vergangenen Woche verabschiedeten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) wieder zulässig. Für die Klimaziele sollen sie stufenweise mit CO₂-neutralen Brennstoffen betrieben werden.

Das Gutachten der auf Umwelt- und Energierecht spezialisierten Kanzlei Günther aus Hamburg kommt zu dem Schluss, dass entsprechende Kosten unter bestimmten Voraussetzungen rechtlich angreifbar sind. Nach Einschätzung der Gutachter könnte sich daraus auch eine Prüfung des GModG durch das Bundesverfassungsgericht ergeben.

Verletzung des Grundgesetzes?

Das Gutachten untersucht die mietrechtlichen Folgen des geplanten Gesetzes. Nach Auffassung der Autoren können sowohl höhere Betriebskosten als auch Investitionskosten für neue fossile Heizungen Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen werden. In beiden Fällen könne sich die Frage stellen, ob das GModG mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Nach Angaben der Gutachter gilt im Mietrecht das Wirtschaftlichkeitsgebot.

Vermieter dürften ihren Mietern keine unnötig hohen Betriebskosten auferlegen. Führe der Einbau einer neuen fossilen Heizung dauerhaft zu höheren Heizkosten als eine alternative Heiztechnik, könne die Umlage dieser Mehrkosten gegen dieses Gebot verstoßen. Maßgeblich seien dabei zunächst die tatsächlichen Verbrauchskosten. Diese sind derzeit schwer prognostizierbar, da Biogas Wasserstoff oder andere Brennstoffe der „Biotreppe“ im GModG nicht sicher verfügbar sind.

Ob Vermieter dem entgegenhalten können, dass beispielsweise eine Wärmepumpe bei der Anschaffung höhere Investitionskosten verursacht hätte, bewertet das Gutachten als zweifelhaft. Hänge die Entscheidung eines Gerichts davon ab, ob der Einbau einer fossilen Heizung rechtmäßig war, müsse das Gericht nach Artikel 100 des Grundgesetzes das Bundesverfassungsgericht anrufen. Dieses hätte dann über die Verfassungsmäßigkeit des GModG zu entscheiden.

Modernisierungsumlage nur für Einsparungen

Auch die Modernisierungsumlage sieht das Gutachten kritisch. Nach derzeit geltendem Mietrecht dürfen Vermieter die Kosten einer neuen Heizungsanlage nur dann auf die Miete umlegen, wenn diese Energie einspart. Bei einer neuen Gasheizung sei dies nicht zwingend der Fall.

Das geplante GModG würde eine solche Umlage wieder ermöglichen. Nach Auffassung der Gutachter könnten Mieter jedoch dagegen klagen, weil die Umlage auf einem möglicherweise verfassungswidrigen Gesetz beruhe. Auch in diesem Fall könnte das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet werden.

Nach Angaben des Umweltinstituts München zeigt das Gutachten einen Weg auf, wie Mieter mit einer Klage vor einem Amtsgericht sowohl gegen höhere Heizkosten als auch gegen Modernisierungsumlagen vorgehen können. Der Leitautor des Gutachtens, Rechtsanwalt Johannes Franke, erklärte: „Vermieter tragen das Risiko, die Anschaffungs- und einen Großteil der Betriebskosten nicht auf die Mieter umlegen zu können, wenn sie sich für den Einbau einer neuen fossilen Heizung entscheiden.“

Das **Kurzgutachten der Kanzlei Günther** steht als PDF zum Download bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Verbraucherzentrale: Vertragsstrafe für Voxenergie



Quelle: Shutterstock / sergign

RECHT. Der Energieanbieter Voxenergie hat nach Angaben der Verbraucherorganisation gegen eine abgegebene Unterlassungserklärung verstoßen

Die Verbraucherzentrale Niedersachsen hat eine Vertragsstrafe gegen den Energieanbieter Voxenergie mit Sitz in Berlin durchgesetzt. Hintergrund sei ein Verstoß gegen eine bereits 2019 abgegebene strafbewehrte Unterlassungserklärung teilte die Verbraucherorganisation mit. Das Unternehmen sei daher vom Landgericht Berlin II zur Zahlung einer Vertragsstrafe verurteilt worden. Die Höhe wurde nicht mitgeteilt.

Nach Angaben der Verbraucherzentrale hatte sie Voxenergie bereits 2019 wegen aus ihrer Sicht unlauterer Geschäftspraktiken abgemahnt. Beanstandet wurden unter anderem Formulare für Umzugsmeldungen, die den Eindruck erweckt hätten, dass für den Nachweis eines Umzugs nur bestimmte Unterlagen wie Übergabeprotokolle, Mietverträge oder Ummeldebesccheinigungen akzeptiert würden.

Zudem habe das Unternehmen von Kunden verlangt, den Grundpreis des bisherigen Vertrags auch nach einem Umzug weiterzuzahlen, obwohl am neuen Wohnort noch keine Belieferung erfolgt sei. Eine Erstattung sei erst nach erfolgreicher Schaltung am neuen Wohnort in Aussicht gestellt worden.

Im Rahmen der damaligen Abmahnung habe sich Voxenergie verpflichtet, diese Praktiken künftig zu unterlassen. Für jeden weiteren Verstoß sei eine Vertragsstrafe vereinbart worden. Nach Darstellung der Verbraucherzentrale habe sich das Unternehmen jedoch erneut nicht an die Vereinbarung gehalten.

„Nachdem der Anbieter die Zahlung zunächst verweigerte, wurde er letztlich auf die Klage der Verbraucherzentrale Niedersachsen hin vom Landgericht Berlin II dazu verurteilt“, teilte die Verbraucherzentrale Niedersachsen mit.

Voxenergie erhält damit nach Angaben der Verbraucherzentrale die vereinbarte Vertragsstrafe auferlegt. Die Mitteilung der Verbraucherzentrale gibt den Stand des Verfahrens zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wieder.

Die Voxenergie GmbH gehört vollständig der Primaholding GmbH mit Sitz in Berlin. Diese Holding bündelt mehrere Unternehmen aus den Bereichen Energie und Telekommunikation. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / frenta

Baden-Württembergs Emissionen steigen

KLIMASCHUTZ. Baden-Württembergs Treibhausgasemissionen sind 2025 um 4,4 Prozent gestiegen. Mehr Kohlestrom und ein höherer Heizenergiebedarf waren die Hauptursachen.

Nach drei Jahren mit sinkenden Werten hat Baden-Württemberg 2025 wieder mehr Treibhausgase ausgestoßen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart beziffert die Emissionen nach einer ersten Schätzung auf rund 64 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Das waren 2,7 Millionen Tonnen oder 4,4 Prozent mehr als 2024.

Damit endete vorerst der dreijährige Rückgang. Gegenüber 1990 lagen die Emissionen 2025 zwar noch um rund 27,4 Millionen Tonnen (30 Prozent) niedriger. Um das Klimaziel des Landes für 2030 zu erreichen, müsste Baden-Württemberg den Ausstoß gegenüber 2025 jedoch um weitere 32 Millionen Tonnen beziehungsweise 50 Prozent senken. Das Klimagesetz des Landes sieht bis 2030 eine Minderung um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 vor. Bis 2040 strebt Baden-Württemberg Treibhausgasneutralität an.

Kohlestrom erhöht Emissionen

Den stärksten Anstieg verzeichnete laut dem Statistischen Landesamt die **Energiewirtschaft**. Ihre Emissionen nahmen um 22,3 Prozent auf 15,3 Millionen Tonnen CO₂ zu. Als Hauptgrund nennt die Behörde den höheren Einsatz von Steinkohle in der Stromerzeugung. Dieser kompensierte die witterungsbedingt geringere Stromerzeugung aus Wasser- und Windkraft sowie den höheren Energiebedarf infolge der kühleren Witterung.

Zugleich importierte Baden-Württemberg weniger Strom als im Vorjahr. Im Land selbst stieg die Erzeugung, während der Bruttostromverbrauch nur moderat zunahm. Da die Klimabilanz die Emissionen dort erfasst, wo sie entstehen, schlug die stärkere Stromproduktion im Land unmittelbar zu Buche. Emissionen aus importiertem Strom oder importierter Fernwärme bleiben in dieser sogenannten Quellenbilanz dagegen unberücksichtigt.

Auch der **Gebäudesektor** emittierte mehr Treibhausgase. Der Ausstoß stieg um 2,6 Prozent auf 14,8

Millionen Tonnen CO₂. Ausschlaggebend war vor allem die kühlere Heizperiode mit einem höheren Bedarf an Heizenergie. Ein leichter Bevölkerungsrückgang, gestiegene Erdgaspreise und die weitere Verbreitung von Wärmepumpen dämpften den Anstieg, konnten ihn aber nicht ausgleichen.

Rückgänge reichen nicht aus

In der **Industrie** gingen die Emissionen um 2,2 Prozent auf 8,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zurück. Damit sank der Ausstoß dort im vierten Jahr in Folge. Das Statistische Landesamt führt dies insbesondere auf die anhaltend schwache Konjunktur und die damit verbundene geringere Industrieproduktion zurück.

Der **Verkehr** verursachte 19,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente und damit 0,9 Prozent weniger als 2024. Neben dem konjunkturbedingten Rückgang im Güterverkehr sanken anders als in den beiden Vorjahren auch die Emissionen des Pkw-Verkehrs. Dazu trug nach Angaben der Behörde die um 26,3 Prozent gestiegene Fahrleistung von Elektrofahrzeugen bei. Ihr Anteil an der gesamten Pkw-Fahrleistung erhöhte sich von 2,7 auf 3,4 Prozent.

Auch die **Landwirtschaft** verringerte ihren Treibhausgasausstoß leicht um 1,1 Prozent. Die Rückgänge in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft reichten jedoch nicht aus, um den Zuwachs in der Energiewirtschaft und bei den Gebäuden zu kompensieren.

Bei den Zahlen für 2025 handelt es sich um eine frühe Schätzung. Einen ausführlichen Emissionsbericht will die Behörde im Oktober 2026 veröffentlichen. Detaillierte Daten sollen im April 2027 folgen. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Asew bündelt Werkzeuge für die Wärmewende



Das Forschungsprojekt Plawatt stellt übersichtlich Tools der Wärmewende bereit.
Quelle: Asew / Midjourney

WÄRME. Ein Forschungskonsortium hat die Plattform „PlaWaTT“ veröffentlicht. Sie soll Kommunen, Stadtwerke und Planungsbüros bei der Auswahl digitaler Werkzeuge für die Wärmewende unterstützen.

Mit der neuen Internetplattform „PlaWaTT“ erhalten Akteure der Wärmewende eine strukturierte Übersicht über Maßnahmen und digitale Werkzeuge für die Planung und Umsetzung erneuerbarer Wärmenetze. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (Asew) soll die Plattform insbesondere Kommunen, Stadtwerke, Planungsbüros und Forschungseinrichtungen bei der Auswahl geeigneter Software unterstützen.

Das Kölner Netzwerk kommunaler Energieversorger für Energieeffizienz, Klimaschutz und erneuerbare Energien reagiert damit auf die wachsende Zahl digitaler Anwendungen für die Wärmeplanung. Während der Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor bereits weit fortgeschritten sei, stehe die Wärmewende noch vor erheblichen Herausforderungen. Gleichzeitig seien in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen und Softwarelösungen entstanden, deren Auswahl zunehmend unübersichtlich werde.

Laut Lea Galle, Teamleiterin Wärmewende bei der Asew, stellt insbesondere die Vielfalt der verfügbaren Anwendungen die Anwender vor Herausforderungen. Je nach Projektphase und Aufgabenstellung müssten Kommunen und Versorger aus einer stetig wachsenden Zahl an Softwarelösungen diejenigen auswählen, die ihren Anforderungen entsprechen.

Die Plawatt-Webseite soll diese Auswahl erleichtern. Nach Angaben des Projektteams entsteht dafür eine strukturierte Wissensbasis zu Maßnahmen der Wärmenetztransformation. Nutzer können auf dieser Grundlage eine Vorauswahl geeigneter Werkzeuge treffen. Die Plattform stellt die Informationen in Form von Übersichten, Filterfunktionen und Steckbriefen bereit.

Projektleiter Christoph Goetschkes vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (Umsicht) erklärt, dass die Plattform Maßnahmen und digitale Werkzeuge zur Wärmenetztransformation an einer Stelle bündelt. Die Inhalte würden aufbereitet und so dargestellt, dass sie Anwendern in der kommunalen Wärmeplanung den Vergleich verschiedener Lösungen erleichtern.

An dem Forschungsprojekt beteiligt sich neben der Asew ein Konsortium unter Leitung des Fraunhofer Umsicht. Plawatt steht für „Plattform für Wärmetransformations-Tools und Maßnahmen: Bewertung und Charakterisierung von Konzepten und Werkzeugen für die Dekarbonisierung des Wärmesektors“.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert das Vorhaben im Rahmen des 7. Energieforschungsprogramms. Das Projekt läuft nach Angaben der Projektpartner noch bis Oktober 2026. Für den Sommer ist eine Überarbeitung der Webseite vorgesehen, bei der Rückmeldungen aus der Praxis in die Weiterentwicklung der Plattform einfließen sollen.

Die **PlaWaTT-Webseite für Akteure der Wärmewende** steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz startet Plattform neu



Quelle: Shutterstock / Black Salmon

KLIMASCHUTZ. Das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz hat seine digitale Plattform überarbeitet. Im Mittelpunkt stehen die Themen Energie- und Ressourceneffizienz.

Das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz (UNK) hat seine digitale Austauschplattform neu aufgesetzt. Nach Angaben der Initiative soll das Angebot Unternehmen dabei unterstützen, Anforderungen im betrieblichen Klimaschutz sowie bei Energie- und Ressourceneffizienz und der Kreislaufwirtschaft besser zu bewältigen. Zugleich soll die Plattform den bundesweiten Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen noch stärker fördern.

Hintergrund sind nach Angaben des Netzwerks zunehmende regulatorische Anforderungen sowie wirtschaftliche Herausforderungen wie steigende Materialkosten und unsichere Lieferketten. Gleichzeitig könnten Maßnahmen zur Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft Möglichkeiten eröffnen, Kosten zu senken und die Widerstandsfähigkeit von Unternehmen zu stärken.

Im Mittelpunkt des Relaunchs steht eine stärkere Vernetzung der Mitglieder. Unternehmen können sich in Gruppen austauschen, Erfahrungen teilen und Lösungsansätze diskutieren. Projektleiter Dominik Horn bezeichnet die Plattform als ein „soziales Netzwerk für den Austausch rund um Themen des betrieblichen Klimaschutzes“. Die Plattform soll einen niedrigschwelligen Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Einzelpersonen sowie das Lernen voneinander ermöglichen.

Neben den Kommunikationsfunktionen bündelt das Angebot verschiedene digitale Werkzeuge und Informationsangebote. Dazu gehören Praxisbeispiele zum betrieblichen Klimaschutz, Hinweise auf Webinare und Veranstaltungen sowie das Qualifizierungsangebot der Energie- und Ressourcencouts.

Ebenfalls integriert sind das Bilanzierungstool „Ecocockpit“ zur Erstellung von Treibhausgasbilanzen sowie der „Klima Guide“, der Maßnahmen und Umsetzungshilfen für Unternehmen bereitstellt. Der Funktionsumfang der Plattform soll nach Angaben des Netzwerks schrittweise erweitert werden.

Die Mitgliedschaft im Unternehmensnetzwerk Klimaschutz ist kostenfrei und steht Unternehmen aller Größen und Branchen offen. Die Plattform richtet sich insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, die sich über Maßnahmen informieren, diese umsetzen oder sich mit anderen Betrieben austauschen möchten.

Das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz ist eine gemeinsame Initiative des Bundesumweltministeriums (BMUKN) sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Nach Angaben der Initiative nutzen bereits mehrere tausend Anwender die Angebote des Netzwerks. (fw) // VON FRITZ WILHELM

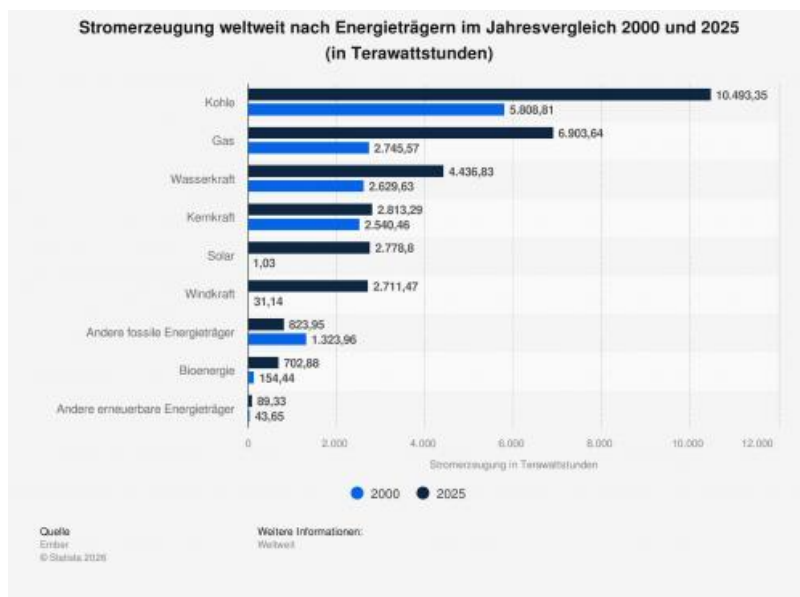
[^ Zum Inhalt](#)

Stromerzeugung weltweit nach Energieträgern



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 wurden weltweit rund 4,4 Petawattstunden Strom aus Wasserkraft erzeugt. Wasserkraft ist damit mit Abstand die wichtigste erneuerbare Energiequelle. Über 50 Prozent des weltweit erzeugten Ökostroms stammen aus Wasserkraft. Die Angaben basieren auf Daten des Energie-Thinktanks Ember.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Fotolia / Sergey Nivens

GSW nach Angriff auf die IT-Systeme nun wieder online

IT. Die Aufräumarbeiten nach der Cyberattacke auf ein westfälisches Stadtwerk sind in vollem Gange. Nicht auszuschließen ist derzeit, ob ältere Daten der Kundschaft abgeflossen sind.

Die Abläufe bei den Gemeinschaftsstadtwerken GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen (GSW) normalisieren sich allmählich. Ende Juni war ein Cyberangriff auf die IT-Systeme des westfälischen Versorgers aufgefallen (wir berichteten). Inzwischen funktionieren wesentliche digitale Dienste der GSW wieder.

Wie die Stadtwerke mitteilen, seien das Online-Kundencenter und bestimmte Anwendungen in der App „Meine GSW“ zu erreichen. Zudem stehe das Internetportal für Netzanmeldungen wieder zur Verfügung. All diese Dienste hatten die GSW nach dem Angriff weitgehend offline gestellt, um weiteren Schaden abzuwenden.

Beim Thema Schaden hält das Unternehmen sich mit einer Bewertung noch zurück. Immerhin sei „nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen“ auszuschließen, dass die Angreifer aktuelle Kundendaten erbeuten konnten. Bei älteren Daten ist das offenbar noch unklar. Das könne das Unternehmen „weder bestätigen noch gänzlich ausschließen“.

Grundsätzlich habe der Versorger beim Reaktivieren der Systeme „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ walten lassen, so GSW-Geschäftsführer Alexander Loipfinger laut der Mitteilung. Es gebe nun eine feinere Segmentierung der Netzwerke. Das Unternehmen nimmt für sich in Anspruch, auch bisher über einen Schutz nach dem Stand der Technik verfügt zu haben. „Trotz aller Vorsicht und dem höchsten Sicherheitslevel sind derartige Cyberangriffe leider dennoch nicht auszuschließen“, so Loipfinger.

Unterdessen ist die Kontrolle der Server und Benutzerkonten erfolgt. Auch die kaufmännischen Prozesse können ins Rollen kommen. Zunächst erhält Geld, wer mit einer Erneuerbaren-Anlage nach dem EEG Strom vergütet bekommt. Ab dem 20. Juli wollen die GSW dann die ausgesetzten Abschläge für den Monat Juli einziehen. Zum 1. August soll dies dann wieder wie gewohnt erfolgen.

Alle in der Zwischenzeit aufgelaufenen Kontaktanfragen werde das Unternehmen nun abarbeiten, heißt es in der Mitteilung weiter. Der Zugriff auf die Systeme erlaube dies wieder. Allerdings könne es anfangs noch

Anlaufschwierigkeiten und nicht die gewohnte Qualität im Service geben. Dafür bitten die GSW um Verständnis. // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

Tiefengeothermie soll auch Lithium liefern



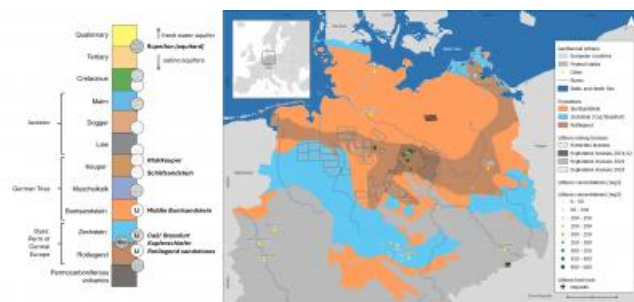
Quelle: Fotolia / alphaspirt

F&E. Ein Forschungsteam untersucht im Norddeutschen Becken die gemeinsame Gewinnung von Wärme und Lithium. Fünf Faktoren bestimmen, ob sich das Verfahren wirtschaftlich betreiben lässt.

Geothermieranlagen könnten künftig nicht nur Wärme, sondern zugleich Lithium aus dem Untergrund fördern. Eine Studie unter Beteiligung der Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geotechnologien IEG (Fraunhofer IEG) untersucht, unter welchen Bedingungen sich beide Nutzungen verbinden lassen.

Als Beispiel dient das Norddeutsche Becken. Dort zirkulieren in mehreren Kilometern Tiefe heiße, salzhaltige Wässer, die gelöste Metalle enthalten. Nach Angaben des Fraunhofer IEG können in tiefen Sandsteinschichten Lithiumkonzentrationen von bis zu 600 Milligramm je Liter auftreten. Das Institut beziffert das theoretische Potenzial auf bis zu 26,5 Millionen Tonnen Lithiummetall. Dies entspreche rund 141 Millionen Tonnen Lithiumcarbonat, der am Markt üblichen Bezugsgröße.

Diese Zahl beschreibt allerdings den gesamten geologischen Bestand und nicht die technisch oder wirtschaftlich gewinnbare Menge. Wie viel Lithium sich tatsächlich fördern lässt, hängt laut den Forschenden von den Eigenschaften des jeweiligen Reservoirs, der Förderrate des Tiefenwassers und der Leistungsfähigkeit der Extraktionsanlage ab.



Geologische Studien des Fraunhofer IEG zeigen, so sich die Kombination aus Erdwärme und Lithium lohnen könnte

Quelle: Fraunhofer IEG / K. Alms

Das Verfahren des Fraunhofer IEG baut auf dem Kreislauf einer hydrothermalen Geothermieranlage auf. Eine Bohrung bringt heißes Tiefenwasser an die Oberfläche. Dort gibt es seine Wärme an ein Fernwärmenetz oder an industrielle Prozesse ab. Anschließend durchströmt das abgekühlte Wasser eine zusätzliche Anlage, die Lithium herauslöst. Danach wird es über eine zweite Bohrung wieder in den Untergrund geleitet.

Die Forschenden haben geologische Daten, Laboranalysen und technische Modelle miteinander verknüpft. Sie berücksichtigten unter anderem die Lithiumkonzentration, die förderbare Wassermenge und der Wirkungsgrad der Aufbereitung. Auf dieser Grundlage sollen sich standortbezogene Abschätzungen erstellen lassen. Für eine typische Geothermieranlage nennt das Fraunhofer IEG als grobe Größenordnung mehrere Tonnen Lithiumcarbonat pro Jahr.

Für Betreiber könnte der Rohstoff zusätzliche Erlöse schaffen und damit helfen, die hohen Anfangsinvestitionen für Bohrungen und Anlagen zu finanzieren. Das gilt insbesondere dann, wenn die Infrastruktur für die Wärmeerzeugung ohnehin geplant oder bereits vorhanden ist. Im Norddeutschen Becken nutzen laut Fraunhofer IEG derzeit drei Forschungsstandorte und fünf kommerzielle Anlagen hydrothermale Energie. Mehr als 50 weitere Standorte befänden sich in Planung.

Industrialisierung steht noch aus

Von einer breiten kommerziellen Nutzung ist die gekoppelte Gewinnung dennoch entfernt. Verfahren zur Lithiumextraktion aus salzhaltigem Wasser wurden bereits erprobt, großtechnische Anlagen befinden sich nach Angaben des Instituts aber noch im Aufbau. Die Studie nennt fünf Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb.

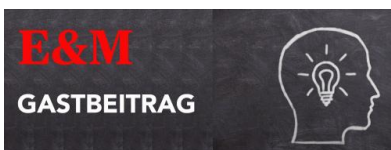
Erstens muss das Tiefenwasser genügend Lithium enthalten, das auch über längere Zeit verfügbar bleibt. Zweitens braucht die Anlage eine ausreichende und stabile Förderrate. Drittens müssen Wärmeauskopplung und Rohstoffgewinnung technisch aufeinander abgestimmt sein. Hinzu kommen Materialien und Werkzeuge, die den hohen Temperaturen, Drücken und Salzgehalten standhalten. Schließlich entscheiden Umweltverträglichkeit, Genehmigungsfähigkeit und Akzeptanz über die Umsetzung.

„Heimische Lithiumproduktion funktioniert nur, wenn Geologie, Technik, Betrieb und Akzeptanz zusammenpassen“, sagt Katharina Alms vom Fraunhofer IEG. Entscheidend sei daher nicht allein die Konzentration des Rohstoffs, sondern das Zusammenspiel von Untergrund, Fördertechnik und Aufbereitung.

An der Untersuchung beteiligten sich neben dem Fraunhofer IEG unter anderem das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung, das Karlsruher Institut für Technologie, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Die Fachzeitschrift „Geothermics“ hat die Ergebnisse veröffentlicht. Die Studie betrachtet neben Lithium auch die mögliche Gewinnung von Kupfer aus Tiefenwässern. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Störlichtbogenschutz: Sicherheit muss tragbar sein



Quelle: E&M

GASTBEITRAG. Über die Bedeutung von Komfort für die Akzeptanz von Schutzkleidung klärt *Oliver Polanz vom Multitechnik-Dienstleister Spie auf.

Störlichtbögen zählen zu den gefährlichsten Risiken bei Arbeiten an elektrischen Anlagen. Innerhalb von Millisekunden entstehen enorme Hitze, intensive Lichtblitze und Druckwellen, die lebensgefährliche Verletzungen verursachen können.

Gleichzeitig zeigt die Praxis: Schutzkleidung erfüllt ihren Zweck nur dann, wenn sie im Arbeitsalltag konsequent getragen wird. Komfort, Ergonomie und Alltagstauglichkeit gewinnen deshalb zunehmend an Bedeutung. Moderne persönliche Schutzausrüstung muss heute weit mehr leisten als reinen Schutz – sie muss den Menschen im Arbeitsalltag unterstützen.

Schutzkleidung muss im Alltag funktionieren

Bei Spie beschäftigen wir uns täglich mit elektrischen Gefahren. Rund 8.000 Mitarbeitende arbeiten im

Bereich Energie – in Rechenzentren, der Tunneltechnik, an Industrieanlagen sowie in Hochspannungs- und Verteilnetzen. Neben mechanischen Risiken stehen dabei vor allem elektrische Gefahren im Fokus.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass Leitungsführungen nicht immer korrekt dokumentiert sind. Immer wieder kommt es vor, dass vermeintlich spannungsfreie Leitungen tatsächlich unter Spannung stehen. Deshalb benötigen unsere Mitarbeitenden zuverlässigen mechanischen, elektrischen und Störlichtbogenschutz.

Für mich ist ein hoher Schutzgrad entscheidend. Gleichzeitig muss die Kleidung tragbar bleiben. Frühere Lösungen waren häufig schwer, mehrlagig und ergonomisch eingeschränkt. Gerade an warmen Tagen oder bei Arbeiten in Innenräumen führte das dazu, dass Schutzbekleidung nicht konsequent getragen wurde. Hinzu kommt: Die Anforderungen an die persönliche Schutzausrüstung (PSA) steigen kontinuierlich. Wetterextreme, hohe Temperaturen oder wechselnde Einsatzbedingungen verlangen Schutzkleidung, die flexibel einsetzbar ist und Mitarbeitende nicht zusätzlich belastet.

Als wir 2018/2019 erstmals Schutzbekleidung mit der „PYRAD Technologie“ testen konnten, war das ein deutlicher Fortschritt. Die Kleidung war wesentlich leichter und komfortabler – bei gleichbleibendem Schutz. Besonders wichtig war für uns die Kombination aus Störlichtbogenschutz, mechanischem Schutz und Langlebigkeit.



Schutzkleidung erfüllt ihren Zweck nur dann, wenn sie im Arbeitsalltag konsequent getragen wird
Quelle: Spie

Unsere Mitarbeitenden arbeiten häufig unter anspruchsvollen Bedingungen – in engen Räumen, bei Kletterarbeiten oder an Schaltschränken. Gerade hier zeigt sich der Vorteil leichterer Schutzkleidung.

Ein weiterer Vorteil ist die Vielseitigkeit der Technologie. Die Pyrad-Technologie kann mit „GORE-TEX Membranen“ oder „WINDSTOPPER Produkten“ kombiniert werden und bietet dadurch zusätzlich Schutz vor Wind und Regen – ein wichtiger Faktor für Außeneinsätze unter schwierigen Wetterbedingungen.

Das Feedback unserer Mitarbeitenden zur Pyrad-Technologie ist entsprechend positiv. Besonders geschätzt werden der hohe Schutz, die Bewegungsfreiheit und der Tragekomfort. Nach einer kurzen Eingewöhnungsphase und Hinweisen zur richtigen Pflege gab es durchweg positive Rückmeldungen.

Akzeptanz entscheidet über Sicherheit

Unsere Erfahrungen zeigen klar: Schutzkleidung kann nur schützen, wenn sie tatsächlich getragen wird. Gerade Ingenieure und Techniker verzichten bei hohen Temperaturen oder in Innenräumen mitunter auf vollständige persönliche Schutzausrüstung – mit potenziell lebensgefährlichen Folgen. Deshalb ist Akzeptanz ein zentraler Faktor für Arbeitssicherheit. Je komfortabler und leichter die PSA ist, desto höher ist die Bereitschaft, sie im Arbeitsalltag konsequent zu nutzen.

**Dr. Oliver Polanz, Leiter HSE bei Spie Germany Switzerland Austria*

PYRAD Technologie by GORE-TEX LABS

Die Pyrad-Technologie revolutioniert seit 2016 den Markt für Persönliche Schutzbekleidung mit Störlichtbogenschutz (PSAgS). Ihr Wirkprinzip: Unzählige reaktive Punkte auf einer Membran bilden bei starker Hitzeeinwirkung durch eine plötzliche Flamme oder einen Lichtbogen eine stabile Verkohlungsschicht, die den Wärmefluss verhindert. Das Ergebnis: Das Textil bleibt unbeschädigt und schützt selbst bei stärkster Hitze sowohl die darunter getragene Kleidung als auch die Haut vor Verbrennungen.

Die neue Generation der „PYRAD Technologie by GORE-TEX LABS“ ist eine Weiterentwicklung der Pyrad-Technologie mit Störlichtbogenschutz Klasse 2. Sie macht zuverlässigen Schutz so komfortabel wie nie zuvor: Schutzbekleidung mit dieser Technologie ist bis zu 45 Prozent leichter als andere entsprechende PSAgS und damit auch für warme Tage und Innenräume geeignet.

// VON REDAKTION

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(d4e92a70a184987c4cee61bbacf99330_img.jpg\)](#) [!\[\]\(770437d80549857bf1ab015f405d7277_img.jpg\)](#) [!\[\]\(5667e36f9dda0bbbe8703f61200caf19_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Das Firmengelände von E-Optimum in Offenburg. Quelle: E-Optimum

E-Optimum mit Erdgas weiter erfolgreich

BILANZ. Das Energieunternehmen E-Optimum gewinnt weiter neue Kunden im Gasgeschäft und investiert in Windkraft.

Die E-Optimum AG hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatz und Kundenzahl gesteigert. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um rund acht Prozent von 745 Millionen Euro auf 802 Millionen Euro, teilte das Unternehmen mit.

Der Stromabsatz blieb mit 2,83 Milliarden kWh nahezu auf Vorjahresniveau (2024: 2,86 Milliarden kWh). Das Gasgeschäft legte erneut deutlich zu. Der Gasabsatz erhöhte sich nach Unternehmensangaben von 1,22 Milliarden kWh auf 1,59 Milliarden kWh. Gewinnzahlen, wie Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit) oder Jahresüberschuss wurden nicht mitgeteilt.

Die Zahl der Kunden wuchs von rund 43.000 auf 50.000, die Zahl der belieferten Zähler von etwa 108.000 auf 120.000. Die Mitarbeiterzahl stieg von 180 auf rund 200.

Als strategischen Meilenstein bezeichnet E-Optimum den Einstieg in die eigene Stromerzeugung. Gemeinsam mit der Ökostromgruppe Freiburg entsteht in Biederbach im Südschwarzwald die erste Windenergieanlage des Unternehmens, die Anfang 2027 in Betrieb gehen soll. Zudem schloss E-Optimum 2025 zahlreiche langfristige Stromlieferveträge (Power Purchase Agreements, PPA) mit einem Gesamtvolumen von rund 300 Millionen kWh ab und diversifizierte damit seine Strombeschaffung.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Digitalisierung. Mit einem neuen CRM-System auf Salesforce-Basis, einem Ticketmanagementsystem und einem Kundenportal will das Unternehmen Prozesse automatisieren und den Kundenservice verbessern. Zu den Belastungsfaktoren des Jahres zählten dagegen die anhaltend volatilen Energiemärkte sowie der hohe Anpassungsdruck für Energieversorger infolge geopolitischer Unsicherheiten und schwankender Preise.

Vorstandsvorsitzender Boris Käser zieht dennoch eine positive Bilanz: „2025 hat gezeigt, dass wirtschaftlicher Erfolg und Zukunftsinvestitionen kein Widerspruch sind. Gerade in einem dynamischen Marktumfeld kommt es auf Weitsicht, partnerschaftliche Zusammenarbeit und das Vertrauen unserer Kundinnen und Kunden an.“

Die E-Optimum AG mit Sitz in Offenburg beliefert bundesweit Gewerbe- und Industriekunden mit Strom und Erdgas. Das Unternehmen setzt nach eigenen Angaben auf strukturierte Energiebeschaffung statt reiner Festpreis- oder Spotmarktmodelle und erweitert sein Portfolio durch PPA sowie Investitionen in erneuerbare Erzeugungsanlagen und digitale Dienstleistungen für Geschäftskunden.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 08152 93 11 88
  www.energiejobs.online

Storengy mit LNG-Gasspeicher-Produkt



Quelle: Shutterstock / aerial motion

ERDGAS. Bei Storengy können Importeure nun gleichzeitig die Regasifizierungskapazitäten und Speicher für anlandende LNG-Lieferungen buchen.

Der Gasspeicherbetreiber Storengy Deutschland bietet LNG-Importeuren erstmals ein einziges Produkt aus Regasifizierungs- und Speicherkapazitäten über die Buchungsplattform „PRISMA“ an. Das Unternehmen reagiert damit auf den steigenden Bedarf, verflüssigtes Erdgas flexibler in den Gasmarkt zu integrieren.

Nach der Ankunft an LNG-Terminals wird das verflüssigte Erdgas wieder regasifiziert und in das Gasnetz eingespeist. Nicht jede Lieferung wird jedoch sofort benötigt. Speicher ermöglichen es, Gas zwischenzulagern und später bedarfsgerecht bereitzustellen, erläutert Storengy in einer Mitteilung.

Hier kommt nun das neue Produkt auf der Plattform Prisma ins Spiel: „Kunden, die Regasifizierungskapazitäten buchen, finden die passende Speicherkapazität jetzt direkt daneben – transparent, unkompliziert, auf einem Marktplatz“, so Storengy weiter.

Das Produkt umfasst als Bündel Einspeise-, Speicher- und Ausspeicherkapazitäten. Nach Angaben von Storengy werden zunächst 50 Bündel mit einem Arbeitsgasvolumen von jeweils 10 GWh angeboten.

„Mit unserem neuen Angebot schaffen wir erstmals eine direkte Verbindung zwischen LNG-Import und Speicherlösung auf einer Plattform. Für unsere Kunden bedeutet das mehr Planungssicherheit, mehr Flexibilität und einen deutlich vereinfachten Zugang zu unseren Kapazitäten“, sagt Gregor Wenzel, Bereichsleiter Sales und Commercial Operations bei Storengy Deutschland.

Storengy Deutschland gehört zur französischen Engie-Gruppe und zählt zu den größeren Betreibern von Erdgasspeichern in Deutschland. Das Unternehmen plant, baut und betreibt Speichereinrichtungen und entwickelt nach eigenen Angaben auch Lösungen für die Speicherung von Wasserstoff und anderen erneuerbaren Gasen.

Die Plattform Prisma mit Sitz in Leipzig ist nach eigenen Angaben Europas führender digitaler Marktplatz für Transportkapazitäten im Erdgasnetz. Netzbetreiber und Marktteilnehmer können dort grenzüberschreitend Transportkapazitäten buchen. Seit Anfang 2026 unterstützt die Plattform nach Unternehmensangaben auch die Vermarktung von Wasserstoffkapazitäten. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Metrify und Inexogy treten Energy Systems Alliance bei



Quelle: Die Energy Systems Alliance (ESA)
will alle Stromanwendungen vernetzen.
Quelle: ESA / AdobeStock

SMART METER. Die Energy Systems Alliance hat die Messstellenbetreiber Metrify und Inexogy aufgenommen. Die Partner wollen integrierte Energiedienstleistungen für Installationsbetriebe ausbauen.

Die Energy Systems Alliance (ESA) erweitert ihren Partnerkreis um die wettbewerbsfähigen Messstellenbetreiber Metrify und Inexogy. Das teilten die beteiligten Unternehmen mit. Die Allianz wurde vom Dresdner Energiemanagement-Spezialisten Kiwigrid, dem ebenfalls in Dresden ansässigen Anbieter von Photovoltaik- und Energiesystemen Solarwatt sowie dem norwegischen Stromanbieter Tibber initiiert.

Mit dem Beitritt der beiden Unternehmen wollen die Partner den Messstellenbetrieb enger mit Energiemanagement, dynamischen Stromtarifen und weiteren Energiedienstleistungen verknüpfen. Der Messstellenbetrieb soll künftig die technische Grundlage für ein durchgängiges Angebot rund um dezentrale Energiesysteme bilden.

Dazu gehören unter anderem Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher, Wärmepumpen und Wallboxen. Voraussetzung für deren netzdienlichen Betrieb seien intelligente Messsysteme sowie der sichere Zugriff auf Messdaten. Diese Aufgaben übernehmen wettbewerbsfähige Messstellenbetreiber.

Ein Angebot für Messstellen und Vermarktung

Laut den Unternehmen soll die Allianz erstmals Energiemanagement, Messstellenbetrieb sowie marktnahe Energiedienstleistungen in einem abgestimmten Angebot bündeln. Das Energiemanagementsystem von Kiwigrid wird dabei mit den Messstellenbetriebsleistungen von Metrify und Inexogy kombiniert.

Ergänzend bringen Tibber dynamische Stromtarife und Solarwatt seine Erfahrung bei dezentralen Energiesystemen ein. Darüber hinaus sollen Anwendungen nach § 14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

sowie die Vermarktung von Flexibilitäten in virtuellen Kraftwerken integriert werden.

Komplettangebot für Installateure

Die Partner richten das Angebot speziell an unabhängige Installationsbetriebe. Nach Unternehmensangaben sollen diese damit ihren Kunden ein vollständiges Paket aus Energiemanagement, intelligentem Messsystem, Steuerung und Energiedienstleistungen anbieten können, ohne selbst sämtliche Leistungen entwickeln oder zukaufen zu müssen. Gleichzeitig sollen sie ihre Kundenbeziehungen behalten und mit integrierten Angeboten großer Komplettanbieter konkurrieren können.

Jan Lehmann, Vice President Strategy bei Kiwigrid, bezeichnet den Messstellenbetrieb als fehlendes Bindeglied für ein durchgängiges Energieangebot. Mit Metrify und Inexogy schließe die Allianz diese Lücke und stelle Installationsbetrieben ein integriertes Angebot zur Verfügung.

Enpal-Tochter bringt 75.000 Messsysteme ein

Auch Metrify sieht in der Zusammenarbeit einen Baustein seiner Wachstumsstrategie. Das Berliner Unternehmen ist eine Tochter der Enpal-Gruppe und zählt nach eigenen Angaben mit mehr als 75.000 intelligenten Messsystemen (ImSys) im aktiven Betrieb sowie über 12.000 installierten Steuerungseinrichtungen zu den größten wettbewerblichen Messstellenbetreibern Deutschlands.

Auch Inexogy bewertet den Zugang zu Messdaten als zentrale Voraussetzung für die Digitalisierung der Energiewirtschaft. Kai Diekamp, Director of Sales and Product Management bei dem Bochumer Unternehmen erläuterte: „Standardisierte und sichere Messstellenprozesse bilden die Grundlage für transparente Abläufe, intelligente Steuerung und neue Energiedienstleistungen.“

Die Unternehmen wollen die Zusammenarbeit nach eigenen Angaben schrittweise ausbauen. Geplant sind neben der Vermittlung intelligenter Messsysteme die stärkere Integration dynamischer Stromtarife, die Umsetzung netzdienlicher Steuerungsmechanismen sowie weitere Anwendungen im Bereich virtueller Kraftwerke.

Ziel sei es, ein offenes Ökosystem für vernetzte Energielösungen zu schaffen, das Herstellern, Installationsbetrieben und Energieversorgern gleichermaßen zur Verfügung steht. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Gut 3 Prozent Zinsen für Bürgergeld in Willich und Halle



Quelle: Shutterstock / fizkes

BETEILIGUNG. Windturbinen und Solaranlagen zeigen sich aktuell am Niederrhein und in Sachsen-Anhalt von ihrer reizvollen Seite. Stadtwerke buhlen mit Zinssätzen von bis zu 3,3 Prozent um Bürgergeld.

Die Bevölkerung an der Energiewende zu beteiligen – das ist gesetzlich geregelt und für Projektierer ein Baustein der Finanzierung ihrer Vorhaben. Die Stadtwerke in Wittlich am Niederrhein und der Versorger EVH aus Halle an der Saale werben aktuell um Einlagen ihrer Kundschaft oder öffnen die Anlagemöglichkeit sogar bundesweit.

Im Süden Sachsen-Anhalts richtet die Offerte sich an alle Interessierten. Gleichwohl macht die EVH GmbH, die Energietochter der Stadtwerke Halle (Saale), bei den Zinssätzen einen Unterschied. Wer Kundin oder

Kunde der EVH ist, bekommt auf sein Geld 3,3 Prozent Zinsen pro Jahr, alle anderen 2,3 Prozent.

Insgesamt 3 Millionen Euro sammelt die EVH dabei für Solaranlagen in Halle und der Umgebung ein. Mitte Juli waren laut Mitteilung noch 800.000 Euro verfügbar. Die Frist zur Zeichnung der Nachrangdarlehen reicht bis zum 31. Juli. Eine Einlage ist ab 500 Euro möglich, in Schritten von 100 Euro geht es bis maximal 25.000 Euro. Diese Beteiligung läuft über fünf Jahre bis Ende Juli 2031, es ist die vierte Runde dieser Art der EVH.

Anders als in Halle organisieren die Stadtwerke Willich in Nordrhein-Westfalen ihre Bürgerbeteiligung über Sparbriefe. Diese unterliegen der Einlagensicherung, womit es kein Ausfallrisiko für das eingesetzte Geld gibt. Der Zinssatz beträgt hier 3,25 Prozent, Partner ist die Sparkasse Krefeld.

Der Versorger vom Niederrhein hält den Kreis der Unterstützenden überschaubar groß und hatte zwei Zeichnungsphasen eingerichtet. An den beiden Windkraftprojekten „Willich 1“ und „Willich 3“ war eine Beteiligung zunächst für die unmittelbare Nachbarschaft (2,5 Kilometer Radius) oder Menschen aus bestimmten Anrainer-Kommunen möglich.

Das Vorhaben „Willich 1“ mit zwei Turbinen nahe des Gewerbegebiets Münchheide ist mit 1,2 Millionen Euro inzwischen komplett gezeichnet. Für die drei Anlagen von „Willich 3“ im Ortsteil Dickerheide seien 65 Prozent von 1,5 Millionen Euro vergeben, teilt der Versorger mit. Hier können nun auch Menschen mit Wohnsitz in Kaarst, Meerbusch und Korschenbroich ihr Geld anlegen. Die Mindesteinlage beträgt 1.000 Euro, maximal sind 10.000 Euro möglich. Das Geld bleibt zehn Jahre fest angelegt.

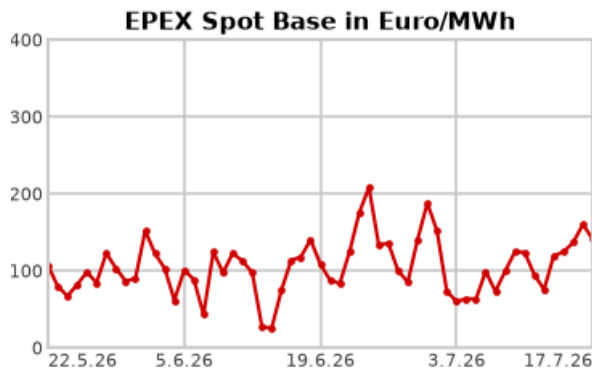
Die voraussichtlich zwischen Oktober 2026 und Januar 2027 ans Netz gehenden Windkraftanlagen kosten die Stadtwerke Willich insgesamt 47 Millionen Euro, davon stemmt der Versorger 15 Prozent aus eigenen Mitteln. Es handelt sich um Nordex-Anlagen vom Typ N163 mit 5,7 und 6,8 MW Leistung. vs)

// VON VOLKER STEPHAN

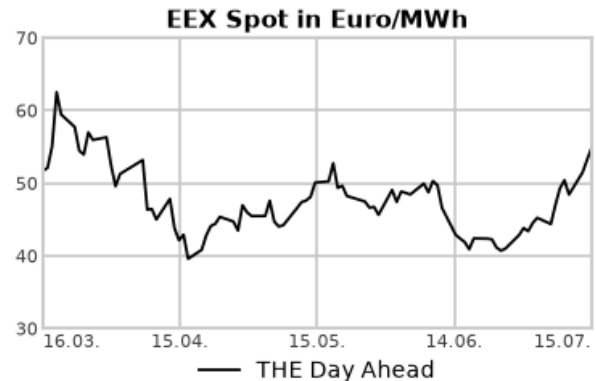
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



CO2 fällt vor ETS-Reform unter 80 Euro



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Eine Pause in ihrem Aufwärtstrend haben am Donnerstag die Energiemärkte eingelegt, obgleich die Zeichen im Konflikt am Persischen Golf weiter auf Eskalation stehen. Gas und Öl zeigten sich wenig verändert. Die Emissionen dagegen präsentierten sich vor der Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge zur ETS-Reform am Freitag dieser Woche wie so häufig mit viel Eigenleben und fielen deutlich unter die Marke von 80 Euro.

Bearish auf die Energiepreise dürfte sich auch der anstehende Rückgang der Wärmebelastung über Europa auswirken. So gehen die hitzebedingten Kapazitätseinschränkungen in Frankreich zurück und auch der Day-ahead am deutschen Strommarkt war am Berichtstag billiger zu haben.

Strom: Tendenziell etwas leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Der Day-ahead allerdings verlor in der Grundlast 19,50 auf 140,75 Euro je Megawattstunde, die Spitzenlast notierte mit einem Minus von 10,00 auf 122,75 Euro.

Die Meteorologen von Eurowind haben die Erneuerbaren-Einspeiseleistung am Berichtstag mit 20,1 Gigawatt berechnet. Am Freitag soll sich die Einspeiseleistung von Wind und Solar auf 19,5 Gigawatt belaufen. Allerdings dürfte sich die Last MBI Research zufolge von 55,3 Gigawatt am Berichtstag auf nur noch 54,2 Gigawatt reduzieren. Das liegt nicht nur an der generell gerne etwas niedrigeren Stromnachfrage an Freitagen, sondern auch an der geringeren Wärmebelastung über Deutschland, die für diesen Tag vorhergesagt wird.

Zu den rückläufigen Day-ahead-Preisen am deutschen Markt dürfte zudem die Situation der Kraftwerke in Frankreich beigetragen haben. Dort scheinen die hitzebedingten Kapazitätseinschränkungen ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Die Minderkapazitäten der französischen Kernkraftwerke sollen am Freitag auf 9 Prozent der installierten Leistung zurückgehen. Für Mittwoch und Donnerstag betrug die Minderproduktion noch 13,2 Prozent.

Am langen Ende zeigte sich das Strom-Frontjahr mit einem Minus von 0,21 auf 103,55 Euro etwas leichter.

CO2: Die CO2-Preise haben am Donnerstag kräftig nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.55 Uhr um

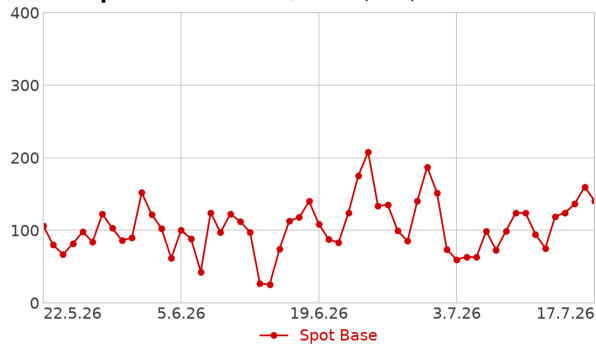
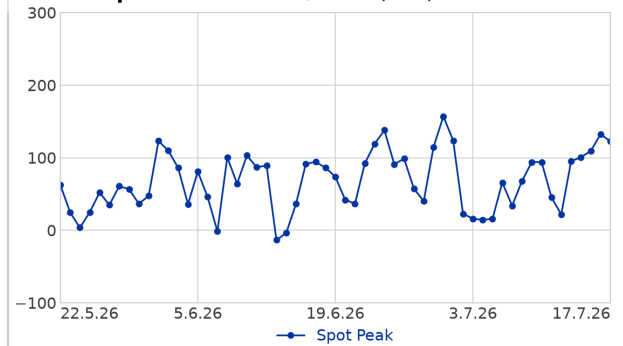
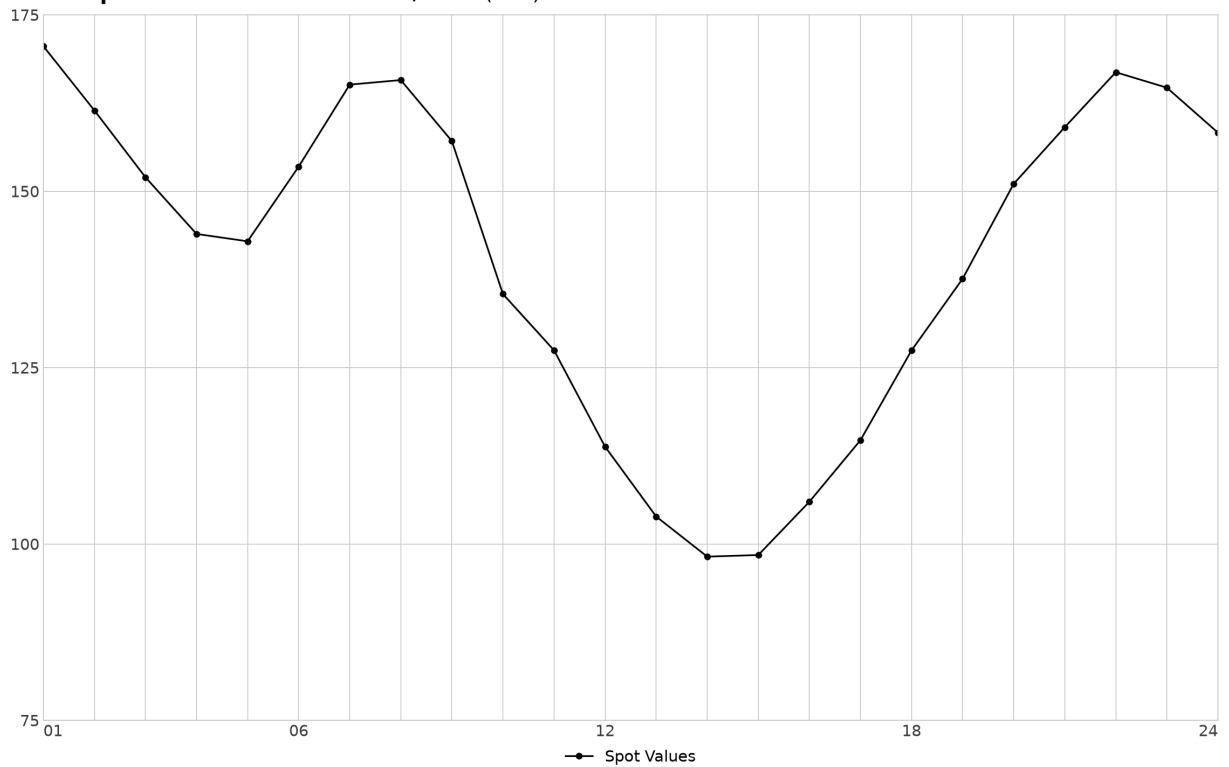
1,97 auf 79,19 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 81,18 Euro, das Tief bei 79,00 Euro. Der Markt nimmt vor der Veröffentlichung von Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform des EU-ETS am Freitag Gewinne mit. Offenbar rechnen viele Anleger mit bearishen Ergebnissen der Beratungen.

Interessanterweise zeigte der jüngste CoT-Bericht, dass Investmentfonds ihre Netto-Long-Positionen reduzierten, obwohl die EUA-Preise weiter zulegten. Dies deutet darauf hin, dass die jüngst zurückliegende Rallye eher durch die Compliance-Nachfrage als durch spekulative Käufe gestützt wurde. Über die Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems hinaus beobachteten die Marktteilnehmer auch die Fortschritte bei der Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der EU und des Vereinigten Königreichs. Nach Angaben von Vertretern der Europäischen Kommission soll eine Vereinbarung zur Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme kurz bevorstehen.

Erdgas: Etwas fester hat Erdgas am Donnerstag notiert. Am TTF gewann der Frontmonat August bis gegen 13.49 Uhr 0,056 auf 55,016 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE hingegen zog der Day-ahead um 0,205 auf 54,905 Euro je Megawattstunde an.

Damit richtet sich Erdgas erneut an Erdöl aus, das ebenfalls kaum Veränderungen zeigte. Etwas bearish für Erdgas dürfte jedoch der sich zum Wochenende vollziehende Übergang zu deutlich kühlerer Witterung in Mitteleuropa auswirken. Laut dem norwegischen Netzbetreiber Gassco beträgt der norwegische Gasexport recht robuste 328,1 Millionen Kubikmeter für den Berichtstag. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

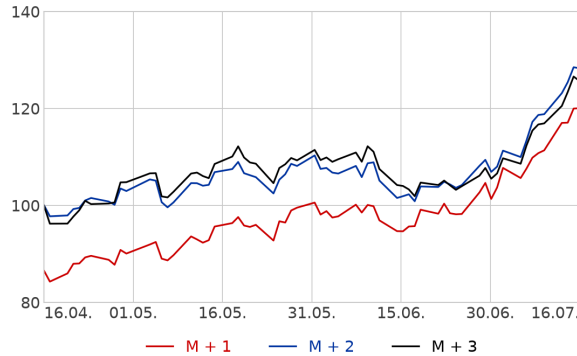
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German Power Aug-2026	120,05
M2	15.07.26	German Power Sep-2026	128,30
M3	15.07.26	German Power Oct-2026	125,69
Q1	15.07.26	German Power Q3-2026	100,00
Q2	15.07.26	German Power Q4-2026	132,28
Q3	15.07.26	German Power Q1-2027	125,10
Y1	15.07.26	German Power Cal-2027	103,24
Y2	15.07.26	German Power Cal-2028	84,70
Y3	15.07.26	German Power Cal-2029	76,80

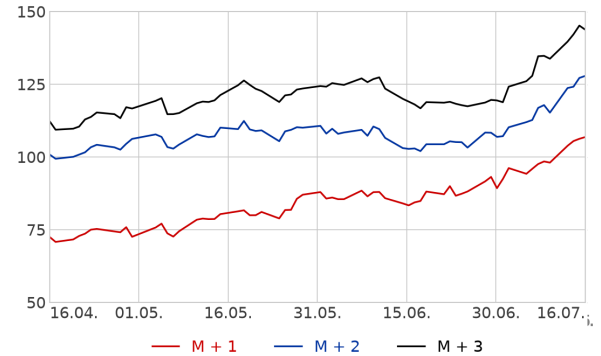
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German Power Aug-2026	106,83
M2	15.07.26	German Power Sep-2026	127,86
M3	15.07.26	German Power Oct-2026	143,76
Q1	15.07.26	German Power Q3-2026	91,62
Q2	15.07.26	German Power Q4-2026	161,00
Q3	15.07.26	German Power Q1-2027	144,73
Y1	15.07.26	German Power Cal-2027	109,24
Y2	15.07.26	German Power Cal-2028	90,74
Y3	15.07.26	German Power Cal-2029	83,10

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



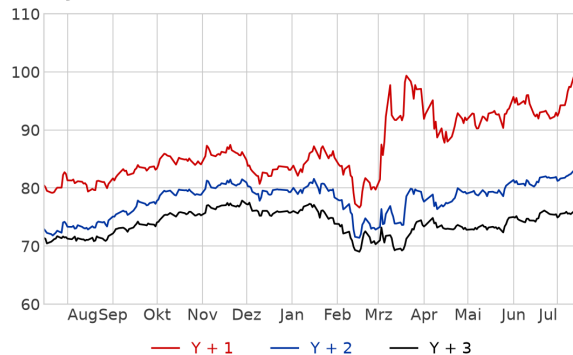
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



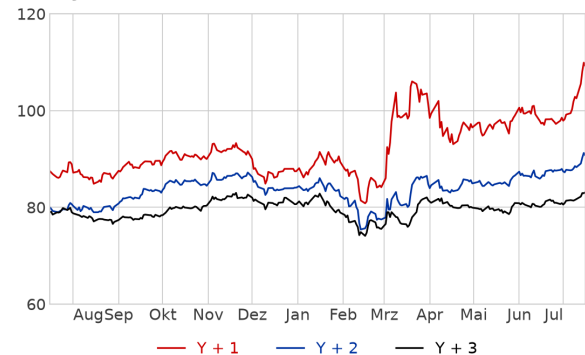
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

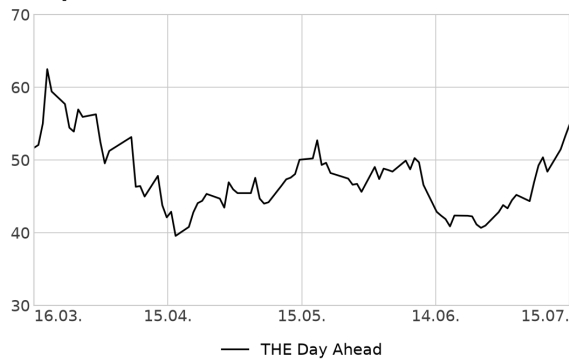


Gas Spot- und Terminmarkt

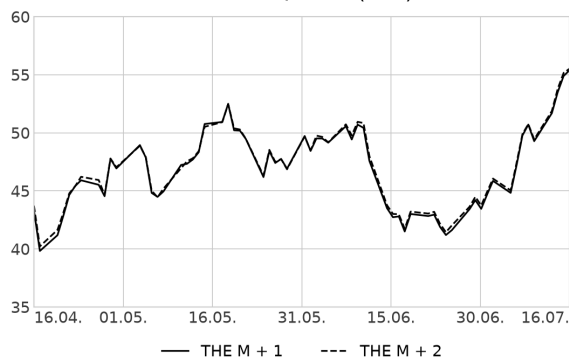
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	15.07.26	German THE Gas Aug-2026	55,38
M2	15.07.26	German THE Gas Sep-2026	55,52
Q1	15.07.26	German THE Gas Q3-2026	41,63
Q2	15.07.26	German THE Gas Q4-2026	55,74
S1	15.07.26	German THE Gas Win-2026	55,01
S2	15.07.26	German THE Gas Sum-2027	40,15
Y1	15.07.26	German THE Gas Cal-2027	42,99
Y2	15.07.26	German THE Gas Cal-2028	30,59

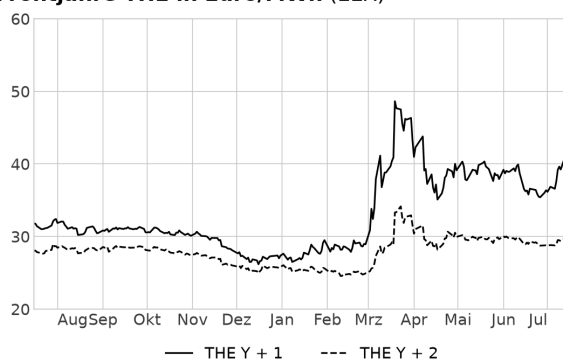
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



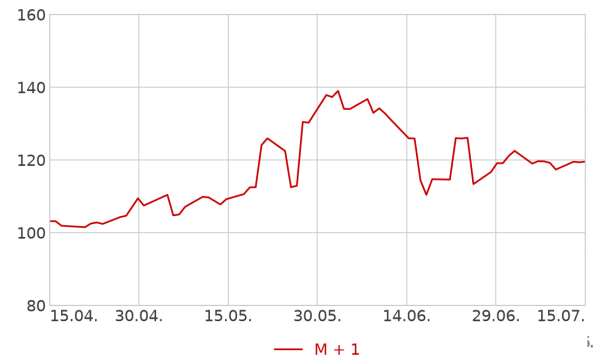
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
Germany Spot base	15.07.26	140,6	EUR/MWh
Germany Spot peak	15.07.26	122,5	EUR/MWh
EUA August	15.07.26	79,88	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	15.07.26	119,5	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
German THE Gas Day AI	15.07.26	54,85	EUR/MWh
German THE Gas Aug-2026	15.07.26	55,38	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	15.07.26	42,99	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	15.07.26	84,23	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Ingenieur (m/w/d) Energiewirtschaft (Ingenieur/in - Energietechnik)

MITNETZ STROM ist der größte regionale Verteilernetzbetreiber in Mitteldeutschland. In der Abteilung...
in Taucha

vor 2 h



Mitarbeiter Line Support Ingolstadt (m/w/d)

Unser Anspruch: Premium. Unsere Produkte: Komplexe Bordnetzsysteme, zentrale Elektrik- und Elektr...
in Ingolstadt

vor 2 h

● Festanstellung



Projektleiter (m/w/d) Schwachstromtechnik & Mobilfunk

Projektleiter (m/w/d) Schwachstromtechnik & Mobilfunk Hamburg Vollzeit Arbeiten am Puls der Zeit: ...
in Hamburg (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

● Projektleitung ● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Research Assistant (Biologisch-Technische Assistenz) (m/w/d) Translation-enabling Res...

Research Assistant (Biologisch-Technische Assistenz) (m/w/d) Translation-enabling Research Platfor...
in Esslingen

vor 2 h

● Ausbildung / Befristete Anstellung ● Weiterbildung / Mitarbeiterwohnung / Mitarbeiterrabatte



Straßenbauer*in / Tiefbaufacharbeiter*in / Garten- und Landschaftsbauer*in

View job here Straßenbauer*in / Tiefbaufacharbeiter*in / Garten- und Landschaftsbauer*in Vollzeit 22...
in Schenefeld

vor 2 h

● Festanstellung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

